

Heute unter anderem zu folgenden Themen: Vom Umgang der Medien mit der Partei DIE LINKE; Grün-Rot lässt Stuttgart 21 weiterbauen; Im Mittelpunkt der Proteste; Kammer-Pensionisten in Aufruhr; Berufsausbildung: Schneller, härter, ungerechter; Atomausstieg; Parteienfinanzierung: Im Spinnennetz der Millionenspender; Deutschland im Visier des Berichts; Werner Borcharding und einer folgenschweren Entscheidung; 10 Strategien die Gesellschaft zu manipulieren; Türkei: Stille Revolution; Afrikanische Odyssee; Bundesfreiwilligendienst: Bufdis gesucht; Gutenberg will Deutschland verlassen; Andrea Ypsilanti – “Die Diskussion in der SPD läuft total falsch”; Europa am braunen Abgrund; Gebührenkompass: Studierende weinen Studiengebühren keine Träne nach; Mogeln – im Dienst der Erkenntnis; Harald Schumann – Es gibt keine innere Pressefreiheit: Manipulation am Beispiel Spiegel TV (JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [„Interessierte Kreise“ – Vom Umgang der Medien mit der Partei DIE LINKE](#)
2. [Grün-Rot lässt Stuttgart 21 weiterbauen](#)
3. [Im Mittelpunkt der Proteste](#)
4. [Kammer-Pensionisten in Aufruhr](#)
5. [Berufsausbildung: Schneller, härter, ungerechter](#)
6. [Atomausstieg](#)
7. [Parteienfinanzierung: Im Spinnennetz der Millionenspender](#)
8. [Deutschland im Visier des Berichts](#)
9. [Werner Borcharding und einer folgenschweren Entscheidung](#)
10. [10 Strategien die Gesellschaft zu manipulieren](#)
11. [Türkei: Stille Revolution](#)
12. [Afrikanische Odyssee](#)
13. [Bundesfreiwilligendienst: Bufdis gesucht](#)
14. [Gutenberg will Deutschland verlassen](#)
15. [Andrea Ypsilanti – “Die Diskussion in der SPD läuft total falsch”](#)
16. [Europa am braunen Abgrund](#)
17. [Gebührenkompass: Studierende weinen Studiengebühren keine Träne nach](#)
18. [Mogeln – im Dienst der Erkenntnis](#)
19. [Harald Schumann – Es gibt keine innere Pressefreiheit: Manipulation am Beispiel Spiegel TV](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, [dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.](#)

1. **„Interessierte Kreise“ - Vom Umgang der Medien mit der Partei DIE LINKE**

Der Bedeutungszuwachs der Partei DIE LINKE hat zu einem veränderten Umgang der Medien mit ihr geführt. Überwogen anfangs noch journalistische Neugier auf die neu entstehende Partei, auf ihre Akteurinnen und Akteure, ihre Programmatik und politischen Forderungen, stellte sich sehr schnell eine „Normalisierung“ ein. Die Medien und ihre Berichterstattung haben nicht nur eine überragende Bedeutung für die politische Willensbildung ihrer Leserinnen und Leser, sondern sie beeinflussen massiv auch parteiinterne Debatten und Personalien, wie vor Kurzem die Berichterstattung über die FDP und ihren Noch-Vorsitzenden Westerwelle erneut gezeigt hat. Dass Medien dabei häufig aus den Parteien heraus mit „Munition“ versorgt werden, ist ein offenes Geheimnis. Solche parteiinternen Informantinnen und Informanten sind seit jeher gut beraten, das Eigeninteresse der Medien einzukalkulieren. Dieses Interesse erschöpft sich nämlich keineswegs in der Steigerung von Zuschauerquoten, Zugriffs- und Auflagenzahlen.

Die Medien sind nicht frei von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen. Prägnant formuliert hat dies Paul Sethe, immerhin Gründungsherausgeber der Frankfurter Allgemeine Zeitung: „Pressefreiheit ist die Freiheit von zweihundert reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten.“[1] Damit soll nicht behauptet werden, dass alle Journalistinnen und Journalisten ihre Berichterstattung den Aktionären ihrer Verlage unterordnen. Sie ist und bleibt jedoch klassengebunden, und das bekommt eine Partei wie DIE LINKE, die sich auf die Seite der Opfer der kapitalistischen Wirtschaft stellt, zu spüren – zumindest so lange, wie sie etwas taugt.

Quelle: [Linksnet](#)

2. **Grün-Rot lässt Stuttgart 21 weiterbauen**

Die Bagger rollen wieder: Von kommender Woche an darf die Bahn am neuen Stuttgarter Tiefbahnhof weiterbauen. SPD und Grüne beantragten keinen Stopp der Arbeiten – obwohl Bahnchef Grube das angeboten hatte. Die Offerte war der Regierung wohl zu teuer.

Quelle: [Süddeutsche Zeitung](#)

3. **Im Mittelpunkt der Proteste**

Das deutsche Spardiktat stößt in der EU auf wachsenden Widerstand. Nach den Massenprotesten in Spanien und den jüngsten Demonstrationen in Griechenland, an denen sich Hunderttausende beteiligten, werden weitere Aktionen angekündigt; sie richten sich ausdrücklich gegen den sogenannten Euro-Stabilitätspakt. Neu ist, dass vor allem in Griechenland Berlin immer stärker zum Ziel der Proteste wird.

Hintergrund ist, dass die griechische Krise auf einem strukturellen Ungleichgewicht in der Eurozone beruht, das Griechenland quasi zum Absatzmarkt für deutsche Waren herabstuft. In der Bevölkerung sei die Ansicht sehr verbreitet, „die Deutschen lebten

auf Kosten der Griechen“, heißt es bei der Deutsch-Griechischen Industrie- und Handelskammer in Athen. Strukturell teilen Portugal und weitere Länder das griechische Problem. Es bestehe die Gefahr, dass neue offene Sparforderungen aus Berlin “von Griechenland bis Portugal antideutsche Gefühle” anfachen, heißt es in deutschen Medien. Erst vor kurzem hatte ein spanischer Politikberater gewarnt, wenn Berlin mit seinen Diktaten fortfahre, werde die EU bald einen Ruf wie der IWF genießen: den Ruf, ein Werkzeug zum Oktroy ökonomischer Zwangsmaßnahmen zu sein.

Quelle: [German Foreign Policy](#)

4. **Kammer-Pensionisten in Aufruhr**

Immo-Verluste: Nach dem Millionenverlust der Wirtschaftskammer-Pensionskasse fordern die Zusatzrentner eine Entschädigung.

Quelle: [Kurier](#)

Anmerkung KR: Für NachDenkSeiten-Leser [nicht überraschend](#): “Der Versuch, die Altersversorgung von Kapitalanlagen im Ausland abhängig zu machen, ist Symptom eines „Moral Hazard“. Denn die Profiteure der privaten Altersvorsorge kennen die Risiken genau – und setzen darauf, dass der Staat den Schaden begrenzen wird. Der (auch teilweise) Wechsel zur privaten Vorsorge ist für die Versicherten teuer und riskant. Er nützt nur den Versicherungen.”

5. **Berufsausbildung: Schneller, härter, ungerechter**

Das Wirtschaftsministerium will die Ausbildungsdauer vieler Lehrberufe kürzen – um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Arbeitgeber und Gewerkschafter fürchten um die fachliche Qualität und sehen vor allem Hauptschüler als die Leidtragenden. Das Bundeswirtschaftsministerium hat sich nun die Streichung des letzten Halbjahres in den betroffenen Berufen vorgenommen. Bei der Zulassung neuer Berufe oder der Überarbeitung bestehender soll die Dauer auf drei Jahre heruntergefahren werden. Man werde “künftig eine längere Ausbildung auch bei Berufen, in denen bislang schon dreieinhalb Jahre ausgebildet wurde, nur nach einer ausreichenden Begründung als Ausnahme akzeptieren”, heißt es in einem Brief an Fachverbände, Gewerkschaften und Kammern. Als Gründe nennt das Ministerium den Fachkräftemangel, der sich in manchen Branchen und Regionen “bereits zu manifestieren beginnt”; zudem den Trend zu verkürzten Ausbildungszeiten im schulischen und auch akademischen Bereich, etwa durch die dreijährigen Bachelor-Studiengänge. Auf die Reduzierung wichtiger Lernzeit für Hauptschüler kommen die Beamten nicht zu sprechen.

Quelle: [Süddeutsche Zeitung](#)

6. **Atomausstieg**

a. Atomgesetz mit juristischen Lücken

Schwarz-Gelb droht neues Ungemach: Unmittelbar vor der Regierungserklärung von Kanzlerin Merkel zur Energiewende warnen führende Juristen, dass es im Gesetz zum Atomausstieg gravierenden Nachbesserungsbedarf gebe. Das Regelwerk könnte sonst vom Bundesverfassungsgericht beanstandet werden, erklären Rechtsexperten in der Süddeutschen Zeitung.

Quelle: [Süddeutsche Zeitung](#)

b. Studie zu den Folgen des Atomausstiegs: Das Märchen vom steigenden Strompreis

Der geplante Ausstieg aus der Atomkraft bis 2022 wird nach Auffassung von Klimaforschern und Ökonomen weder den Ausstoß von Treibhausgasen erhöhen noch die Strompreise. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung und der Uni Leipzig. So werde es preislich kaum einen Unterschied machen, ob zusätzlich neue Kohle- oder Gaskraftwerke gebaut werden. "Der Ersatz der Kernkraftwerke durch Gas- statt durch Kohlekraftwerke wirkt sich annähernd gleichwertig auf die Strompreise aus", heißt es in der Studie, die im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung gefertigt wurde. Den Modellrechnungen zufolge wird ein Ausstieg bis 2022 nur vorübergehend die Börsenpreise für Strom steigen lassen, bis 2030 kehrten sie wieder zurück auf das Niveau von 2010. Bis zum Jahr 2015 geht die Studie von einem Anstieg um 0,9 Cent je Kilowattstunde auf dann 5,9 Cent aus. Wäre es bei der Laufzeitverlängerung geblieben, wäre dieser Anstieg mit 0,2 Cent zunächst schwächer ausgefallen. Langfristig aber werde der Zubau erneuerbarer Energien die Preise dämpfen können. Die Ergebnisse zeigten, "dass eine Gefährdung der volkswirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit durch den Atomausstieg nicht zu befürchten ist", heißt es in der Studie – sofern der Umbau gelingt, die Deutschen effizienter mit Energie umgehen und fossile Brennstoffe nicht zu teuer werden. Anders allerdings sähe das alles bei einem Ausstieg schon 2015 aus: Dann stiegen sowohl Preise als auch Emissionen.

Quelle: [Süddeutsche Zeitung](#)

7. Parteienfinanzierung: Im Spinnennetz der Millionenspender

Die Politikverdrossenheit steigt, Mitgliederzahlen sinken – doch den Schatzmeistern der Parteien ist nicht bang: Selbst in der Finanzkrise flossen reichlich Großspenden. Wie viel? Woher? An wen? Eine interaktive Grafik zeigt die Geldströme an Union, SPD und Co.

Quelle: [SPIEGEL Online](#)

Anmerkung J.A.: Der SPIEGEL übertreibt in der Hinsicht, daß sogar bei der FDP, die

am meisten von Großspenden aus der "Wirtschaft" lebt, Mitgliedsbeiträge und die staatliche Parteienfinanzierung den Großteil (2/3) der [Finanzmittel](#) ausmachen. Dennoch stellt er umgekehrt nicht die entscheidende Frage: Cui bono? Kann es sein, daß die Konzerne solchen enormen Summen aus reiner Menschenfreundlichkeit spenden und keinen Einfluß auf politische Entscheidungen nehmen wollen? Wie frei sind Politiker und Parlamentarier, die sich in so große finanzielle Abhängigkeiten begeben, in ihrer Politikgestaltung? Geht es bei Großspenden nicht offensichtlich um käufliche Politik, um legalisierte Korruption zum Nutzen beider, von Gebern und Empfängern?

8. **Deutschland im Visier des Berichts**

Industrieregulierungsbehörden sollen seit Jahren gewusst haben, dass Roundup, das weltweit meistverkaufte Unkrautvernichtungsmittel des Saatgutproduzenten Monsanto, zu Geburtsfehlern führen kann. Das zeigt ein nun veröffentlichter Bericht mit dem Titel „Roundup und Geburtsfehler. Wurde die Öffentlichkeit im Ungewissen gelassen?“.

Quelle: [ORF](#)

9. **Werner Borcharding und einer folgenschweren Entscheidung**

Was tun, wenn man überzeugt davon ist, der Arbeitgeber habe eine Straftat begangen? Der eigenen Überzeugung folgen oder lieber Stillschweigen bewahren? Der Steuerfahnder Werner Borcharding hatte Beweise für gedeckte Steuerhinterziehung im großen Stil und hielt sich an seinen Amtseid.

Er erstattete Anzeige, anonym. Die Konsequenzen: Die Staatsanwaltschaft ermittelte – Anklage erhob sie gegen Borchardings Vorgesetzte letztlich nicht. Das beschuldigte Unternehmen und seine Steuerberater akzeptierten hohe Geldauflagen, als ihr Verfahren 1999 eingestellt wurde.

Und Werner Borcharding? Er flog auf und wurde von seinen Vorgesetzten zwangsversetzt. Nie hätte der pflichtbewusste Staatsdiener das für möglich gehalten. Das Mobbing belastete ihn so sehr, dass er in den vorzeitigen Ruhestand ging. Doch die Vergangenheit lässt ihm keine Ruhe – und so kämpft er mittlerweile beim vierten Finanzminister für seine Rehabilitierung.

Quelle: [WDR Wissen](#)

10. **10 Strategien die Gesellschaft zu manipulieren**

Bei diesem Artikel handelt es sich um die Übersetzung von „10 Strategien der Manipulation“, die auf einer Ausarbeitung des Linguisten Noam Chomsky beruhen. Die Punkte beschreiben, wie das "System", also die Regierung, die Medien und Lobbyisten die Bevölkerung gezielt manipulieren und steuern, um die eigenen Ziele zu verfolgen und somit umsetzen.

Quelle: [gulli](#)

Anmerkung unseres Lesers H.A.: Für NachDenkSeiten-Leser ist das meiste zwar nicht wirklich neu, aber dennoch interessant.

11. Türkei: Stille Revolution

In den Jahren der AKP-Regierung seit Ende 2002 durchlebte die Türkei einen schwierigen, aber gewaltlosen Umbruch und einen Eliten-Wechsel, der das Schlagwort von der „stillen Revolution“ begründete. Unter Erdogan ist eine neue, religiös-konservative und anatolisch geprägte Gesellschaftsschicht erstarkt, die den traditionellen, urban-säkularistischen Führungskadern der Republik in vielen Bereichen den Rang abläuft. Diese politischen Erfolge und eine schnell wachsende Wirtschaft bilden das Fundament für den erwarteten Wahlsieg Erdogans. Gleichzeitig werden aber auch die Schattenseiten der AKP deutlicher. Wie bei jeder Partei, die seit fast einem Jahrzehnt unangefochten regiert, machen sich bei der AKP nun Ermüdungserscheinungen, Vetternwirtschaft und Überheblichkeit bemerkbar. Doch trotz der jüngsten Verschärfung des innenpolitischen Klimas sehen die meisten Türken keine Alternative zu Erdogan und zur AKP. Nach der Wahl wird es in Ankara um eine neue Verfassung und damit um die Absicherung und Weiterentwicklung der demokratischen Errungenschaften des letzten Jahrzehnts gehen. Kritiker befürchten, dass sich die AKP eine Verfassung schneiden wird, die ihren eigenen Interessen entspricht, aber nicht unbedingt denen des Landes.

Quelle: [Tagesspiegel](#)

12. Afrikanische Odyssee

Schauspieler Bernhard Dechant im Interview über seine Recherchen auf der Insel Lampedusa und warum er den "EU-Gaddafi" mimte

Quelle: [taz](#)

dazu: Berlin lässt Flüchtlinge im Stich

Die Bundesregierung will fliehende Afrikaner aus Libyen trotz UN-Bitte nicht aufnehmen und verweist auf gestiegene Zahl der Asylbewerber. Das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR hatte am 15. März und erneut am 6. April unter anderem Deutschland um die Aufnahme von 8.000 aus Libyen fliehenden afrikanischen Migranten gebeten. Das wurde abgelehnt, bestätigt UNHCR-Sprecher Stefan Telöken. Inzwischen sind nach UNHCR-Schätzung rund 1.200 Libyen-Flüchtlinge aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara bei dem Versuch ertrunken, Europa über das Mittelmeer zu erreichen.

Quelle: [taz](#)

dazu auch: "Manche Polizisten haben geweint"

Schauspieler Bernhard Dechant im Interview über seine Recherchen auf der Insel Lampedusa und warum er den "EU-Gaddafi" mimte

Quelle: [Der Standard](#)

Anmerkung Orlando Pascheit: *Bereits in der Vergangenheit erklärte sich die Regierung Merkel bereit, den Transport humanitärer Hilfsgüter durch die Bundeswehr absichern lassen. Vor kurzem hat sie mit großem Getöse verkündet, dass sie sich substantiell am zivilen Aufbau Libyens nach Gaddafi beteiligen werde. Wie glaubwürdig sind solche Versprechungen, wenn die Bundesrepublik es ablehnt, auch nur einen Teil der letztlich am stärksten betroffenen, zwischen den Fronten aufgeriebenen, aus Libyen fliehenden afrikanischen Migranten aufzunehmen?*

13. Bundesfreiwilligendienst: Bufdis gesucht

Mit der Aussetzung der Wehrpflicht werden die zuletzt rund 35.000 Zivis ihre Stellen in Krankenhäusern, Altenheimen, Jugendzentren oder Sozialstationen räumen. Ab 1. Juli sollen an ihre Stelle Freiwillige treten und gegen Kost, Logis, Taschengeld, Sozialversicherung und pädagogische Begleitung deren bisherige Aufgaben übernehmen. Immer offensichtlicher wird, dass es nur darum geht, die Lücken zu stopfen, die der kontinuierliche Abbau des Sozialstaats hinterlassen hat. Aber das schaffen allein weder die Grünen Damen im Krankenhaus noch die Helferinnen, die im Tafel-Restaurant Suppe austeilen - und auch nicht die 1-Euro-Jobber, die in arm gesparten öffentlichen oder sozialen Einrichtungen aushelfen. Die "Bufdis" sollen in der Regel ein Jahr in jenen Einrichtungen arbeiten, die bisher Zivis beschäftigten - die Jüngeren in Vollzeit, die Älteren über 27 wahlweise 20 oder 40 Stunden in der Woche. Damit wird aber nur ein Teil des Bedarfs gedeckt.

Quelle: [taz](#)

14. Guttenberg will Deutschland verlassen

Nach seinem tiefen Sturz wegen der Plagiatsaffäre wird Ex-Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg aktiv. Laut SPIEGEL-Informationen bereitet er einen mehrjährigen Auslandsaufenthalt vor, um seine Karriere zu überdenken - losgehen soll es schon diesen Sommer. [...] Außerdem hat eine Auszeit in den USA durchaus Tradition bei deutschen Politikern, die daheim in Schwierigkeiten geraten sind. Der aktuelle Grünen-Chef Cem Özdemir war 2003 bei einer Washingtoner Denkfabrik tätig, nachdem er durch die private Nutzung dienstlich erworbener Flugmeilen und die Kreditaufnahme bei einem umstrittenen PR-Berater in die Schlagzeilen geraten war. Özdemir gelang ein Comeback. Gleiches könnte nun Guttenberg anstreben, der 2011 nach nur 16 Monaten als

Bundesverteidigungsminister zurücktreten musste. Zuvor gab es kaum ein politisches Amt bis hin zur Kanzlerschaft, das ihm nicht zugetraut worden war. Ganz lautlos will Guttenberg allerdings nicht gehen: Vor seinem Abschied aus Deutschland möchte er sich in einem größeren Interview noch einmal zur Affäre um seine Doktorarbeit äußern, berichten Vertraute.

Quelle: [SPIEGEL Online](#)

15. **Andrea Ypsilanti - "Die Diskussion in der SPD läuft total falsch"**

Die hessische SPD-Linker wirft ihrer Parteiführung vor, an Bürgern und Mitgliedern vorbei zu reden. Im Interview fordert sie eine andere linke Politik.

Quelle: [ZEIT](#)

16. **Europa am braunen Abgrund**

In Griechenland, Spanien und Portugal kämpfen sozialdemokratische Regierungen um ihr Überleben. Ist das überhaupt relevant? Das fragen nicht nur Zyniker. Denn in den so genannten Krisenstaaten agiert die Sozialdemokratie an der kurzen Leine des Europäischen Rats, der Europäischen Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds – Wahlen hin oder her.¹ Die politischen Entscheidungen werden in Brüssel, Frankfurt und Washington getroffen – nationaler Gestaltungsspielraum nahe Null. Vehement unterstützt wird das von den GenossInnen aus Österreich, die strikte Sparpolitik fordern. Nur Norwegen ist in der Lage, sich das Schauspiel gleichsam vom Olymp seines Ölreichtums aus anzuschauen.

Das Gegenbild zum Niedergang der Sozialdemokratie ist der Aufstieg des Rechtspopulismus. Zunehmend hektischer sind die 27 EU-Regierungen von den Finanzmärkten gezwungen, auf die Bankenkrise und die massive Überschuldung vieler Euro-Staaten zu reagieren – mit einer Krisenpolitik, die in der Öffentlichkeit immer mehr als eine Politik des »Schreckens ohne Ende« wahrgenommen wird. Und gleichzeitig geraten die nationalen politischen Systeme unter Druck von Rechtsaußen. Ob in den skandinavischen Ländern, den Niederlanden, Belgien oder Frankreich: Der Einfluss rechtspopulistischer Parteien wächst. Wobei sich das Gebräu aus Europa-Skeptizismus und nationalistischer Rückbesinnung in den politischen Arenen unterschiedlich artikuliert: In Italien, Ungarn und Österreich sind Rechtspopulisten durch Regierungsbeteiligung längst hoffähig geworden. In den Niederlanden sucht die Wilders-Partei – wie die »Wahren Finnen« – eher eine Rolle außerhalb der Regierung. Das sichert ihr Einfluss, ohne Kompromisse eingehen zu müssen.

Quelle: [Linksnet](#)

17. **Gebührenkompass: Studierende weinen Studiengebühren keine Träne nach**

Zu spät und zu langsam gelinge es den Universitäten, ihre Studierende in Sachen Studiengebühren annähernd zufrieden zu stellen, so der Eindruck von Prof. Dr. Markus Voeth von der Universität Hohenheim, der die Langzeitstudie

„Gebührenkompass“ initiierte. „In Schulnoten bewegen wir uns immerhin langsam in Richtung ‚befriedigend‘. 2008 war die Zufriedenheit mit der Verwendung von Studiengebühren an vielen Universitäten noch ‚mangelhaft‘.“ Gleichzeitig sei die Zahl der Gebührengegner vor allem in den Bundesländern hochgeschossen, die an Studiengebühren festhalten wollen. Wo Studiengebühren bereits abgeschafft wurden, sähen sich die Studierenden eher bestärkt und seien noch vehementer gegen Studiengebühren.

Vielleicht könnten sie sich doch noch anfreunden mit dem, was ihre Universitäten aus ihren Studiengebühren machen: „In Schulnoten ausgedrückt bewerten Deutschlands Universitätsstudierende ihre Universitäten immerhin mit einer „4+“ für die Gebührenverwendung“, zitiert Prof. Dr. Voeth vom Lehrstuhl für Marketing I aus der Umfrage des „Gebührenkompass“.

Quelle 1: [Universität Hohenheim](#)

Quelle 2: [Gebührenkompass](#)

18. **Mogeln - im Dienst der Erkenntnis**

Unredliches lässt sich von redlichem Verhalten in den Wissenschaften nicht immer so einfach unterscheiden wie in den Fällen des plagiatorischen Betrugs. Das hat verschiedene Gründe, wie ein Rückblick in die Wissenschaftsgeschichte zeigt. Dass der wissenschaftliche Betrug, im aussermoralischen Sinn betrachtet, sich durchaus als ein erkenntnisfördernder Faktor erweisen könnte, liegt zunächst einmal an einem Wesensmerkmal theoretischen Rasonnements. Denn jede Theorie ist eine «Fälschung» in dem Sinne, dass sie ein vereinfachtes Bild ihres Gegenstandsbereichs fabriziert. Jede Theorie sieht sich also über kurz oder lang mit Gegenbeispielen konfrontiert. Die Auffassung, dass es so etwas wie «die» wissenschaftliche Methode und «das» wissenschaftliche Ethos gibt, gilt unter historisch und praxisorientierten Wissenschaftsforschern als obsolet, seit Paul Feyerabend vor vierzig Jahren in seinem berühmten Buch «Wider den Methodenzwang» gezeigt hat, dass grosse wissenschaftliche Durchbrüche in der Regel auf Verletzungen von allgemeinen Regeln basieren.

Quelle: [NZZ](#)

Anmerkung Orlando Pascheit: Natürlich unterscheidet sich diese Diskussion ganz wesentlich von den Hinweisen der NachDenkSeiten auf korrupte Wissenschaftler, die ihre Gutachten, Zeitungsartikel und Beiträge in Talkshows in den Dienst von wirtschaftlichen Interessen stellen. – Was zudem von den Medien meist nicht vermerkt bzw. gesehen wird.

19. **Harald Schumann - Es gibt keine innere Pressefreiheit: Manipulation am**

Beispiel Spiegel TV

Quelle: [Sprüche und Zitate](#)

Anmerkung MB: Wussten Sie DAS schon? Der ehemalige SPIEGEL-Chefredakteur (muss wohl Stefan Aust gewesen sein) drehte einen Pro-Windkraft-Artikel um 180°, weil er private Interessen in der Umgebung einer geplanten Windkraftanlage hatte !!?